

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abolter monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.80 M. Durch Träger u. ausw. Verretungen frei. Preis monatlich 1.75 M., vierteljährlich 4.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.05 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Reklameweile 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Reklameweile 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 268

Donnerstag, 12. Juni 1919.

73. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Der letzten Entscheidung entgegen.

mz. Versailles, 11. Juni. (Havas.)

Die vier Regierungschefs machten sich heute über die wichtigsten Punkte der deutschen Gegenentwürfe. Man nimmt an, daß die Antwort der deutschen Delegation am Freitag Nachmittag oder spätestens am Samstag übergeben werden wird. Bezüglich der Wieder gutmachung beschloß der Vizeerrat keine wesentlichen Änderungen und keine Verringerungen der Klassifikation der Schäden. Die französische Auffassung überwiegt; sie ist der unmittelbaren Festsetzung später von Deutschland zu erscheidenden Schäden abgeneigt. Die Deutschen werden die Möglichkeit haben, den für die Ziffer der Schadensvergütung wichtigen Vorschlag zu modifizieren; sie werden in die Lage versetzt werden, die nötigen Zahlungen zu leisten. Die von Deutschland für Militärpensionen verlangte Summe wird im Vertrag enthalten sein. Eine Frist von sechs bis acht Tagen vom Tage der Ueberreichung der Antwort der Entente ab wird den Deutschen bewilligt werden. Die Frist beträgt drei Tage, die notwendig sind zur Kündigung des Waffenstillstandes. Am Tage nach dem Ablauf dieser Frist von sechs bis sieben Tagen werden sich die Truppen wieder in Bewegung setzen.

mz. Paris, 11. Juni. (Havas.)

„Le Petit Parisien“ hatten Clemenceau, Koch und Beld heute Nachmittag eine Unterredung.
mz. Berlin, 12. Juni.
Heute wird laut „Deutscher Allgemeinen Zeitung“ sich das gesamte Kabinett in Weimar befinden. Die Friedensdelegation wird sich sofort nach Weimar begeben, sobald die Antwort des Verbandes übergeben worden ist, um mit der Reichsregierung die Entscheidung über die Stellungnahme Deutschlands zu treffen. Am Freitag wird dann die Nationalversammlung zusammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies erst in der kommenden Woche geschieht.

Der Veröffentlichung des Friedensvertrags in den Ver. Staaten.

mz. Washington, 11. Juni.

Alle Senatoren haben ein Exemplar des Friedensvertrages erhalten, der heute als Kongreßbericht veröffentlicht und den Zeitungen zugestellt wird.
Diese Veröffentlichung erfolgt gegen den ausgedrückten Willen Wilsons. Man erkennt daraus, daß Wilson mit einer mächtigen Gegnerschaft in Washington zu rechnen hat.

Internationale Zudungen.

Auf Malta.

mz. Amsterdam, 12. Juni.

Reuter meldet aus London, daß in Malta wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit und der Verbreitung des nicht den Tatsachen entsprechenden Gerüchtes, daß die Unabhängigkeit von Malta aufgehoben werden solle, Unruhen ausgebrochen haben. Militär mußte zu Hilfe gerufen werden. Es sind auch Verluste an Menschenleben zu beklagen, aber man nimmt an, daß die Unruhen seitdem wieder beruhigt sind. — Nach späteren Meldungen sind bei den Unruhen in Malta vier Personen getötet und acht verletzt worden. Marinetruppen sind abgesetzt worden, um gegen die Unruher vorzugehen. Die Lage hat sich etwas gebessert.

Aus Spanien.

mz. Madrid, 11. Juni. (Havas.)

Der König unterzeichnete ein Dekret, das die Nachwahl in den Bädereien abschafft. — Der Konflikt unter den Arbeitern in Andalusien neigt zu einer Besserung der Lage. Man erwartet, daß eine endgültige Lösung bald erreicht sein wird. — Die Verpflegung mit Getreide und Fleisch beginnt normal zu werden. — Die Führer der Linien wollten gestern Abend eine Sitzung abhalten. Sie hielten die früheren Beschlüsse gut und entschieden, keinerlei Anstoß an der Wahl des Büros und der Kommissionen der Entente zu nehmen, ferner die größte Strenge bei der Ausführung der gesetzlichen Mandate und die Freiheit der Meinungen zu verlangen, selbst wenn das oberste Gebot dies nicht vorsehe. Endlich sollen wirksame Maßnahmen gegen jederlei willkürliche Akte seitens der Regierung der Minister verlangt werden.

Aus Kanada.

mz. Winnipeg, 11. Juni.

Nach einer Neutermeldung ist etwa der dritte Teil der Arbeitslosen zur Arbeit zurückgekehrt.

Ruhe und Ordnung in Chile.

mz. Santiago de Chile, 11. Juni. (Havas.)

Die Blätter protestieren gegen die falschen (in Umlauf) gegangenen Nachrichten, wonach in Chile Unordnung herrsche. Der Gegenteil sei der Fall; es herrsche vollkommene Ruhe. Die chilenische Regierung hat gleichfalls dieses Gerücht in einem Rundschreiben an ihre auswärtigen Vertreter entkräftet.

Einmütigkeit in der Ablehnung der Dortenschen Gründung.

Wer der Ansicht ist, der Gedanke, im Westen Deutschlands einen Reichstaat zu gründen, sei mit dem verunglückten Putsch vom 1. Juni und den traufomischen Ereignissen im Reichstaggebäude der Regierung in Wiesbaden gefallen, der gibt sich einem gefährlichen Optimismus hin. Dr. Adam Dorten ist keine zaghafte Persönlichkeit; so lächerlich auch sein Kommet sein mag, so unrettbar er selbst in politischer Beziehung erscheinen mag, so ernst muß er genommen werden, wenn es sich für ihn darum handelt, Besonnenes durchzusetzen. Er ist eine Mischung von Schwärmer und ehrgeizigem Abenteuerer, er ist entschlossen und zähe, und er setzt seine eigene Person ein. Das unterscheidet ihn von den ganz im Hintergrunde bleibenden stillosen Dunkelmännern, die mit ihm, vielleicht auch durch ihn, ohne daß er es merkt, oder über ihn hinweg, die Fäden leiten und die Puppen tanzen lassen. Wer wenn es ihn auch von seinen Helfershelfern in gewissem Sinne vorteilhaft unterseidet, kompromittiert oder gar vollständig wird er dadurch nicht. Ob er selbst an die Güte seiner Absichten glaubt, wissen wir nicht; das ist auch ganz gleichgültig, denn nicht auf seinen Glauben kommt es an, sondern einzig und allein auf die greifbaren Folgen seines Votens. Und die sind auf alle Fälle verderblich für Deutschland.

Dr. Dorten betont immer und immer wieder, daß er nur die Errichtung eines neuen Gliedstaates im Verbands des Deutschen Reiches im Sinne habe. Er behauptet, Deutschland durch die Gründung des Rheinischen Sonderstaates aus der Mißwirtschaft von Berlin und München herauszureißen zu können und einen Zukunftsrieg zu verhindern zu wollen, und gesteht zu: „Nur im Rahmen Deutschlands können wir dies vollbringen!“ Er versichert aber, was er zu tun gedenkt, wenn — wie es doch Tatsache ist — die Nationalversammlung, alle deutschen Landesvertretungen sowie die deutsche Zentralregierung und die Regierungen aller Gliedstaaten die Rheinische Republik des Herrn Dr. Dorten nicht anerkennen, sein und seiner Helfer Handeln vielmehr als Landesverrat erklären. Wie ernst es damit ist, geht klar aus den verschiedenen Verfassungsbefehlen hervor, die gegen ihn und seine Minister von den in Deutschland dafür zuständigen Stellen erlassen worden sind und die zu Recht bestehen bleiben, auch wenn sie infolge der besonderen Umstände nicht ausgeführt werden können. Der Plan des Herrn Dorten und der kleinen Zahl seiner Mitläufer kann — das ist heute unzweifelhaft klar — nur gegen den Willen des gesamten deutschen Volkes ausgeführt werden. Wie will er ihn also „im Rahmen Deutschlands“ vollbringen? Wer im Rahmen Deutschlands den Gliedstaaten Landesteile nehmen und diese zu einem neuen Gliedstaate vereinigen will, muß dies im Einvernehmen mit dem Gesamtvolke und den Einzelstaaten tun. Es zeugt von einer erstaunlichen Unklarheit des Denkens oder es ist Unwahrscheinlichkeit, wenn Herr Dr. Dorten trotz der mit elementarer Wucht erfolgten allgemein-deutschen Ablehnung seines Planes noch die Behauptung aufstellen mag, die Rheinische Republik solle ein Gliedstaat des Deutschen Reiches sein und bleiben.

Die Einmütigkeit aller deutschen Parteien in der Ablehnung der Dortenschen Gründung steht fest. Auch das Zentrum, das anfangs schwankend schien, weil eine Reihe seiner führenden Mitglieder zu den Parteigängern Dortens gehörte, oder, wenn man so will, Dorten ihr Parteigänger war, hat auf den Druck der Mitglieder die Entschlossenheit gefunden, die Rheinische Republik abzuschütteln. So ist Herr Dr. Geneske, der Chefredakteur der „Rheinischen Volkszeitung“ und einer der Hauptkräfte im Streite, veranlaßt worden, den Vorsitz in der Wiesbadener Zentrumspartei niederzulegen. Die Mainz-er Zentrumspartei hat noch entschiedener gehandelt, sie hat die Herren Oberlehrer a. D. Dr. Klingelschmitt und Amtsgerichtsrat Liebing, die sich zu Mitgliedern der „provisorischen Regierung“ ernennen ließen, kurzer Hand aus der Partei ausgeschlossen. Der Einigkeit des Volkes gegenüber müßten die Herren Dorten und Genossen eingesehen, daß sie sich im Irrtum befinden, und, wenn sie ehrlich und deutsch sein wollen, müßten sie öffentlich erklären, daß sie von ihrem Plane ablassen und die verübte Art seiner Ausführung verdammen.

Die französische Marine.

mz. In ihrer Dienstag-Nachmittagsitzung besprach die Kammer die Interpellationen über die Vorgänge im Schwarzen Meer und in Russland. Abgeordneter Kuesse interpellierte über die diplomatische, militärische und maritime Politik der Regierung im Orient. Er verlas den Bericht, den er nach seinem Besuch in den Schiffsbasen im Namen der Budgetkommission verfaßt hatte, und gab die von ihm gesammelten Klagen wieder. Der Bericht befaßt sich auch darüber, daß der Ministerpräsident dieser Benachrichtigung nicht Rechnung getragen habe. Die Budgetkommission habe nicht aufgehört, die Aufmerksamkeit der Regierung auf gewisse Verbesserungen zu lenken, die zur Verbesserung des Lojes der Mannschaften an Bord führen könnten.

Aufmarsch der Polen gegen Deutschland.

Nach den neuesten in Berlin eingegangenen Nachrichten befinden sich die Polen in vollem Aufmarsch gegen Deutschland, und zwar mit allen verfügbaren Truppen, insgesamt ungefähr 350 000 Mann. Von der Ostfront sind alle entbohrlichen Truppen auf dem Abtransport nach der deutschen Grenze. Politische höhere Stäbe sind an die deutsche Grenze verlegt worden, der Stab von General Haller selbst nach Krakau. Die polnischen Dörfer müssen bis zu einem bestimmten Termin geräumt werden.

Die Stimmung in der Ostmark.

Der Graudenzener „Gesellia“ veröffentlicht Äußerungen von zwei neutralen Journalisten, des Vertreters des Berner „Bund“, Dr. Alfred Keller, und des Vertreters vom „Norske Intelligenzbladet“, J. Wankel, die eine Informationsreise durch Ober-Schlesien, Polen und Westpreußen gemacht haben, über die von ihnen dort gewonnenen Eindrücke. Ueber Schlesien sagt Dr. Keller, man sei dort zu jeder Maßnahme entschlossen, die den Anschluß an Polen verhindern könne; Arbeiterschaft, Landvolk, Intellektuelle seien gleicherweise von der Bewegung ergriffen, und auch die polnischen Arbeiter seien unbedingt gegen den Plan der Entente, weil sie den Verlust ihrer politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erbschaften befürchten. Es herrsche nur eine Auffassung: Widerstand bis zum Letzten, gleichgültig, wie sich die Regierung dazu stelle, der kleinste Umstand könne eine Explosion bewirken.

Herr Wankel gibt seine Eindrücke in der Provinz Posen wieder. Auch hier ist eine sehr erregte und einheitliche Stimmung. Der Bromberger Oberbürgermeister Mißlaff hat sich ihm gegenüber dahin geäußert, daß die deutsche Bevölkerung einmütig an der Grenze entlang bereitstehe, bis zum letzten Mann für Helm und Fuß zu kämpfen. Im Polen händen einer an Zahl kleinen, sehr reichen und hochentwickelten Aristokratie die anderen sehr armen Bevölkerungsschichten mit sehr geringer Bildung gegenüber, deren Löhne noch nicht ein Drittel derjenigen der deutschen Arbeiter betragen. Darum werde die Ueberführung von deutschen Landesteilen an Polen gerade von der Arbeiterschaft als ein fürchterliches Unglück angesehen. Die nach Hunderttausenden zählende deutsche Bevölkerung würde im neuen Polenreich immer deutsch bleiben und danach streben, mit ihrem Vaterland wieder vereinigt zu werden. Eine Auslieferung großer deutscher Volksmassen an Polen werde deshalb eine eitrnde Wunde im Völkertörper Europas schaffen, die nie heilen werde. Aus diesen Darlegungen und aus ähnlichen Äußerungen des sozialdemokratischen Arbeiterführers Stöbel hat Wankel den Eindruck gewonnen, daß zwischen Polen und Deutschen ein derart scharfer Nationalunterschied bestehe, daß ohne Blutvergießen eine Zwangsablösung der Deutschen nicht möglich sei.

Ähnlich lauten Äußerungen von Dr. Keller aus Westpreußen. In Thorn und dem Neße-Distrikt sei der Hauptträger der nationalen Bewegung die breite Bürgerschaft, welche die deutsche Staatszugehörigkeit unbedingt wahren will. Sie bildet einen kompakten Block, dem sich die stark polnisch durchsetzte Sozialdemokratie angegliedert hat, die aus wirtschaftlichen Gründen die deutsche Staatszugehörigkeit wünscht. Die gleichen Eindrücke hatte der Berichterstatter in Graudenz.

Deutschland verschächert seine Kolonien nicht.

mz. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der kolonialen Fragen. U. a. wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland seinen gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, seinen Wert aber bei der Festsetzung der Entschädigungssumme irgendwie zu berücksichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden: auf dem Bereich des östern dargelegten Standpunkts, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Forderungen entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten noch sie verschächern. Inbezug auf seine Kolonien verlangt es nichts weiter als sein altes Recht. Die Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzfrage, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerung Arbeits- und Ansehungsgegenstände zu bieten, andererseits die Kräfte seines Bevölkerungsüberschusses der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und lähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Südafrika und der Südsee teilzunehmen.

mz. Reuter meldet offenbar amtlich informiert: Die versäut, werden die Alliierten das Erbe Deutschlands, das Mandat über seine früheren Kolonien zu behalten, ablehnen.

Die Parlamente.

mz. Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung wird sich mit dem Friedensvertrag befassen haben. Infolgedessen kann der Zeitpunkt der Sitzung heute noch nicht bestimmt werden.

mz. Wie die „Germania“ erfährt, wird auch die preussische Landesversammlung in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten.

abschaffen, in der die Gegenvorschläge der deutschen Regierung auf den Friedensvertragsentwurf der Entente und die Antwort der letzteren auf diese Gegenvorschläge beraten werden sollen.

Die Gegenströmung in Amerika.

Mz. New York meldet: Der republikanische Senator Knox brachte im Senat einen Antrag ein, in dem er erklärt, der Senat könne sich den Bestimmungen des Völkerbundesvertrages nicht anschließen. Er schlägt für die Unterzeichnung eine Trennung des Völkerbundesvertrages vom Friedensvertrage vor. Dies würde es jedem Volke gestatten, sich seine Entscheidung über den Völkerbund ohne Nachteil vorbehalten. Der Antrag wurde dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zur weiteren Erwägung überwiesen. — Dem Vernehmen nach wird eine Entscheidung als offizielle Mitteilung an die Friedenskonferenz beabsichtigt, nach der der Senat sich der Unterzeichnung des Friedensvertrages in der gegenwärtigen Fassung widersetzen würde.

Wilson für baldigste Unterzeichnung.

Mz. Aus Amsterdam wird gemeldet: „Daily News“ berichten aus Paris, Präsident Wilson sei tief von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Unterzeichnung des Friedens möglichst bald zustande komme.

Clemenceau gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Mz. „New York Sun“ meldet aus Paris, Clemenceau weigere sich kurz und bündig, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde.

Amerika auf Seiten der Iren.

Mz. Nach einer Meldung der „Central News“ aus Washington hat der Senat einen Antrag des Senators Borah, daß die amerikanische Friedensordnung de Valera und den anderen irischen Vertretern Zugang zur Friedenskonferenz verschaffen müßten, mit 60 gegen eine Stimme angenommen. Ferner nahm der Senat einen Verbesserungsvorschlag des Senators Walsh an, in welchem der Senat die Iren seine Sympathie bei ihren Bemühungen, eine Regierung nach ihrem eigenen Gesichtspunkt zu erhalten, ausdrückt.

Leviné-Kundgebungen.

Auf Beschluß des Arbeiterrates findet aus Anlaß der Bekämpfung des Luxusbauens und der Erschließung Levinés in Frankfurt a. M. ein Generalkongress statt. In allen privaten, städtischen und staatlichen Betrieben, mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, der Lebensmittelverarbeitungs- und der Krankenanstalten soll der Betrieb von Donnerstag abend 6 Uhr bis Freitag abend 6 Uhr für jegliche Arbeit ruhen. Eine gemeinsame Kundgebung aller sozialistischen Parteien findet nicht statt, da eine Einigung zwischen ihnen nicht zustande kam.

In ganz Thüringen wurde gestern ein etnütziger Generalkongress wegen der Hinrichtung Leviné-Rissen durchgeführt.

Der bayrische Ministerpräsident Hoffmann hatte aus der Schweiz ein dringendes Telegramm an das Ministerium geschickt, in dem er sich der Vollstreckung des Todesurteils an Leviné energisch widersetzt. Dieses Telegramm kam jedoch zu spät in München an. In einem weiteren Telegramm wandte sich Hoffmann an die Münchener Unabhängigen, machte ihnen von seinen Bemühungen Mitteilung und sprach ihnen sein Bedauern aus über die sofortige Vollstreckung des Todesurteils.

Die die „Braunschweiger Landeszeitung“ meldet ist der von der kommunistischen Partei Braunschweigs angeführte Generalkongress am Begräbnisstätte Rosa Luxemburgs von einer Versammlung der Betriebsräte aus großer Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Ausweisung aus Birkenfeld.

Mz. Aus Oldenburg wird berichtet: Auf Befehl des Generals Nochin wurde der Präsident der oldenburgischen Provinz Birkenfeld abgesetzt und des Landes verwiesen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 12. Juni.

Gandel mit Vieh. Auf Veranlassung und mit Ermächtigung der Bezirksfleischstelle hat der Magistrat eine Verordnung erlassen, zufolge welcher Vieh aller Art und zwar auch Zuchtvieh und Nutztvieh nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung des Magistrats verkauft werden darf. Anträge auf Verkaufsgenehmigung sind an das Magistratsbüro für Fleischverteilung, Rathausstraße 10 III., zu richten. Die Verordnung gibt die Möglichkeit, den immer mehr um sich greifenden Schleichhandel mit Vieh energischer als bisher zu bekämpfen. Wenn die Pandemie von der Ermächtigung der Bezirksfleischstelle ebenfalls Gebrauch machen, wird hoffentlich bald eine Besserung in der gesundheitlich völlig darniederliegenden Versorgung der Bevölkerung mit frischem Fleisch eintreten.

Zuschüsse zu privaten Arbeiten. Wie die vielfachen Anfragen dartun, bedarf die Verordnung des Magistrats betr. Zuschüsse für private Notstandsarbeiten, insbesondere der Ausdruck „private Notstandsarbeiten“ einer Erläuterung. Als private Notstandsarbeiten sind alle Arbeiten gedacht, die z. B. in Angriff genommen werden. Es gehören daher auch dazu alle Reparaturen der verschiedenen Gewerbe, alle Instandsetzungsarbeiten an Häusern, Wohnungen, usw., alle landwirtschaftlichen und Gartenarbeiten. Grundbedingung für die Gewährung ist, daß eine Mehrbeschäftigung von Arbeitslosen herbeigeführt wird, die durch Vermittlung des Arbeitsamtes eingeleitet werden müssen. Der Zuschuss soll die auszuführenden Arbeiten verbilligen; er soll bewirken, daß möglichst viel Arbeit vergeben und ausgeführt wird. Weitere Anträge können im Arbeitsamt, Zimmer Nr. 7, eingeholt werden.

Gustav-Adolf-Stiftung. Wegen der zur Zeit noch bestehenden Verkehrsbehinderungen kann die diesjährige Haupt-

versammlung des Hauptvereins Wiesbaden der Evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung, die gewöhnlich in der Woche nach Trinitatis stattfindet, zunächst nicht abgehalten werden. Sobald die Verhältnisse dermaßen sich bessern wird der Verwaltungsausschuß das Erforderliche veranlassen und den Zweig- und Frauenvereinen weitere Mitteilung zugehen lassen.

Freistellung der Koloskummaten von der Pflanzsteuer. Auf Antrag des Verbandes Deutscher Textilindustrieller e. V. in Berlin hat sich der Reichsausschuß der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß Kolos- und ähnliche Matten, die als sogenannte Abstreifer zum Reinigen der Fußbedien, auch bei einem 30 Proz. für das Quadratmeter übersteigenden Preise nur dem allgemeinen Satz der Umsatzsteuer von 5 v. U. unterworfen werden, wenn unabweisbar notwendig, daß die Gegenstände ihrer Größe und sonstigen Beschaffenheit nach weder als Teppich noch als Fußbodenbelag Verwendung finden können.

Die Feuerwache wurde heute Nacht 11¼ Uhr in die kleine Frankfurter Straße gerufen. Dasselbst war eine Laterne am Sockel umstürzt geworden und das aufstrebende Gas hatte sich entzündet, jedoch die Flammen hoch aufsteigen. Nach kurzer Zeit war das Feuer gelöscht und die weitere Gefahr beseitigt.

Israelitische Gottesdienste.

Israel. Kultusgemeinde, Synagoge: Wiesbadener, Gottesd. i. d. Hauptstr. Freitag: abds. 7.30 Uhr — Sabbat: morgens 8 Uhr; nachm. 3 Uhr; abds. 9.30 Uhr. — Sonntage: morgens 7 Uhr; abds. 7.30 Uhr. — Mittwochs-Kultusgemeinde, Hauptsynagoge: Friedrichstraße 23. Freitag: abds. 7.45 Uhr — Sabbat: morgens 7.15 Uhr; Mißbach u. Sonntag 9.15; nachm. 4; abds. 9.35. — Sonntage: morg. 6.45, abds. 7.30 Uhr.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kasselerischer Kunstverein. Wiesb. Gesellschaft für bildende Kunst. Auf Einladung des Vorstandes wird Herr Kunsthistoriker Ollendorf Samstag, 14. Juni, nachm. 4 Uhr in den Ausstellungsräumen der Städtischen Gemäldegalerie eine Führung durch die Ausstellung von Kunstwerken aus Wiesbadener Privatbesitz veranstalten.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Organisation der Kriegsbeschädigten.

Aus dem Landkreis Wiesbaden, 12. Juni. Einem langgehegten Wunsch der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer der Ortsgemeinden Nauort, Auringen, Medenbach, Bredenbach und Wilsbach ist nunmehr Rechnung getragen worden. Die vorgenannten Orte unseres Landkreises sollen zu einer Ortsgruppe mit dem Sitz Nauort zusammengeschlossen werden. Zu diesem Zweck ist für Sonntag, 15. Juni, auf dem „Zinshaus“ an der Bahnstation Auringen-Medenbach nachmittags 2½ Uhr eine Versammlung anberaumt, in der u. a. der Vorstand der Versorgungsabteilung beim Kontrollamt Wiesbaden, Herr Steindorf, einen ausführlichen Vortrag halten wird über „Was der Kriegsbeschädigte von seiner Rentenverwaltung wissen muß“. Es dürfte deshalb im Interesse aller Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer der eingeangene rechts zahlreich zu beteiligen.

* **Niedersdorf, 12. Juni.** Ein Großfeuer scherte hier am Pfingstsonntag das Anwesen des Landwirts Alfred Diegand ein. Nur mit knapper Not konnte das Vieh und aus dem Wohnhause das Notwendigste gerettet werden. Die Feuerwehren von Nüßeln, Wallrabenstein und Walsdorf beteiligten sich an dem Rettungswerk. Die Löscharbeiten wurden durch den Mangel an Wasser stark behindert. Eine gute Wasserleitung wäre hier von großem Nutzen gewesen. Der Brandschaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß eine Leuchtorgel das Dach der Scheune durchschlug und zündete.

* **Bingen, 10. Juni.** Waldbrände. Im Laufe der Kreuzzüge im Binger Wald ist gestern ein Waldbrand ausgebrochen, der sich schnell ausbreitete und zu recht erheblichem Schaden führte. Die Feuerwehren von Bingen und Bingerbrunn brachten den Brand zum Erlöschen. Heute vormittag brach das Feuer, durch den starken Wind der letzten Nacht angefaßt, in der Fröhe wieder aus. Die Binger Löschmannschaft wurde des Feuers los. Herr Gegenüber von Bingen gab es in der Nähe der Koppel auf dem Niederwald einen großen Waldbrand, der sowohl am 1. als auch am 2. Pfingstfesttag beobachtet wurde. Die Feuerwehren in den umliegenden Orten bemühten sich, dieser Brände Herr zu werden.

Gericht und Rechtsprechung.

Für 600 000 Mark Liebe. Die nicht ganz neue Geschichte, wie eine hübsche junge Frau, die bis dahin an Glanz und Leppigkeit im Leben wenig gewöhnt war, ihren Gatten verließ, während er als Soldat im Felde stand, um einem reichen Verber zu folgen, wurde in einem Prozeß verhandelt, der sich soeben vor einem Gericht in Philadelphia abspielte. Dem jungen Offizier und betrogenen Gatten wurde nach englisch-amerikanischem Brauch von den Richtern für die verlorene Liebe seiner Frau ein Schadensersatz bewilligt in Höhe von 600 000 Mark (Friedenskurs). . . Der Verklagte war ein millionenschwerer Zuckerpflanzenbesitzer, Mr. Harrison, der Kläger der Leutnant Davies, der bei der Rückkehr seine Frau in einer prächtigen Wohnung mit kostbarem Juwelen Schmuck behängt, vorgefunden hatte.

Vermischtes.

Dynamitattentat in Schlessen.

Aus Oppeln wird berichtet: In der Farrel Reudorf bei Kattowitz ist ein Dynamitattentat verübt worden, bei dem erheblicher Schaden entstanden ist.

Das fürchtbarste Gift der Welt. Die „New-York Times“ machen Angaben über das fürchtbarste bisher bekannte Gift, das Professor Lewis, ein Beamter der amerikanischen Staatsbergwerke, erfunden hat. Von diesem Gift, das nach dem Namen des Erfinders „Loewissit“ heißt, wurden im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandes täglich 3 Tonnen hergestellt, um es gegen die Deutschen zu verwenden. . . Nach den Angaben der „New-York Times“ hätten 10 Flugzeuge eine Menge von Loewissit transportieren können, genügend groß, um jede Stadt menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens aus der Welt zu verschwinden zu lassen. Die an einem Tage hergestellte Menge dieses Giftes würde genügen, um alle Bewohner New-York zu töten. Ein einziger Tropfen, der auf die Hand gekippt wird, würde nach einem entsetzlichen Todeskampf das sofortige Ende herbeiführen. Außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen, um die Erfindung geheim zu halten. In der Nähe von Cleveland in Ohio war eine besondere Fabrik dafür errichtet, und jeder hier beschäftigte Arbeiter mußte einen Vertrag unterzeichnen, die Fabrik nicht vor Kriegsende zu verlassen. . .

Volkswirtschaft.

Börsen und Banken.

Mz. Wiederaufnahme des Wiener Börsenverkehrs. Wien, 10. Juni. (Korr.-Büro.) Die Börsenkammer beschloß, den regulären Börsenverkehr morgen wieder anzuhängen.

Industrie.

Mz. Rückgang der Kohlenförderung in den ersten Junitagen. Aus Essen, 10. Juni, wird gemeldet: Die ersten Zahlen des Monats Juni brachten sowohl bezüglich der Förderung als auch im Versand einen merklichen Rückgang. Die Förderung betrug am 2. Juni nur 190 000 gegenüber 225 000 Tonnen täglicher Förderung in den letzten Wochen im Mai. Auch die Wagenachtführung, die in den vorausgegangenen Tagen 17 000 Wagen betrug, lag in der Vormoche auf 15 900 täglich, außerdem wurden seit dem 5. Juni wieder größere Schwierigkeiten in der Wagenachtführung, namentlich infolge des Bestehens von Lokomotiven bemerkbar.

Wasserstände am 11. Juni: Mainz 4.27, Mainz 1.11, Bingen 2.40, Rheingau 2.95, Raab 2.50, Koblenz 2.58, Rastatt 2.45, Duisburg 1.04, Ruhrort 1.38, Wesel 1.12, Würzburg 2.77, Frankfurt a. M. 2.28, Heilbrunn 0.40, Konstanz 4.18, Tübingen 0.38 Meter.

Hauschriftleiter: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: H. Grothaus. Verantwortlich für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftliche Angelegenheiten: H. C. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Berichte und Sport: I. W. Hans Gänse; für die Anzeigen: Jos. Bahler, sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlagsgesellschaft m. b. H.

Kristall-Palast

Schwalbacher Strasse 51 - - Telefon 829

Direktion: Arno Blum.

Voranzeige!

Freitag, 13., Samstag, 14. und Sonntag, 15. Juni:

Grosses

Margeritenfest

mit Ball.

Reizende Ueberraschungen.

Beginn 7 Uhr.

Sonntags 4 Uhr.

Dauerkarten haben Gültigkeit.

Tischbestellungen unter Fernruf 829.

NASSAUISCHER KUNSTVEREIN

WIESB. GESELLSCHAFT FUER BILDENDE KUNST

SAMSTAG, DEN 14. JUNI NACHM. 4 UHR - FUEHRUNG DES KUNSTHISTORIKERS - OLLENDORF DURCH DIE AUSSTELLUNG - - - VON KUNSTWERKEN AUS - - - WIESBADENER PRIVATBESITZ

NEUES MUSEUM

TAEGLICH VON 10-5 UHR SONNTAGS VON 10-1 UHR

Gummiringe

für Konservengläser

Rex eng, Rex weit, Weck eng, Weck weit, sowie alle sonstigen Größen zu billigsten Preisen.

P.A. Stoss Nachf. Taunusstrasse 2 Tel. 227 u. 6527

Beleuchtungs-Körper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise. Flack, Luisenstrasse 44, Neben Residenztheater. Telefon 747 frei.

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Laut Verfügung des Kommandierenden Generals X. Armee ist der Ruh-Verkehr von 4 Uhr bis 24 Uhr frei. Der Nachtverkehr ist von 24 Uhr bis 4 Uhr verboten. Wiesbaden, den 2. Juni 1919. De Colonel Habre, Administrateur militaire de Cercle de Wiesbaden (Commandant). Wird veröffentlicht. Sonnenberg, den 7. Juni 1919. Der Bürgermeister, J. B. Christ, Sonnenberg.